DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte

Publikationsorgan der I. V. S. Ä.

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VII. Jahrgang | **Berlin, Juli 1931** | **Nummer 7**



Inhalt:



INTERNATIONAL
PSYCHOANALYTIC
UNIVERSITY
DIE PSYCHOANALYTISCHE UNIVERSITÄT IN BERLIN

DER SOZIALISTISCHE ARZT

Monatsschrift des Vereins Sozialistischer Ärzte

Publikationsorgan der I. V. S. Ä.

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

VII. Jahrgang | Berlin, Juli 1931 | Nummer 7

Die Notverordnung

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, wird die Notverordnung vom 5. Juni bereits in Kraft getreten sein. Weder der Sturm der Empörung, der bei ihrem Erscheinen durch die breiten Massen des werktätigen Volkes ging, noch der Protest der proletarischen Parteien und der Gewerkschaften haben dem engstirnigen Wüten der Regierung Brüning und ihrer Hintermänner Einhalt zu bieten vermocht.

Wir sind durch die Gesetzgebung der letzten Jahre wahrlich nicht verwöhnt, und doch ist noch nie mit einem derartigen Eifer und mit ähnlicher Lückenlosigkeit alles zusammengetragen worden, was an sozialreaktionären Plänen irgendwo bestehen konnte. Noch nie ist aber auch eine Regierung in solchem Maße an ihrer vordringlichsten Aufgabe blind vorübergegangen: Behebung und Linderung der heutigen Notlage muß das Ziel sein, dem alle anderen Gesichtspunkte unterzuordnen wären; die Schonung des Besitzes und rücksichtslose Belastung der Schwächsten aber müssen zu immer weiterer Schwächung der Massenkaufkraft führen und die Wirtschaft immer weiter ins Chaos treiben. Und damit wird auch das Ziel, das die Regierung erreichen will, die Sanierung der Finanzen, in immer weitere Ferne gerückt. Gesunde Finanzen sind auf die Dauer nur möglich in einer gesunden Wirtschaft. Statt diesem Ziele näher zu kommen, wird durch die neue Notverordnung der arbeitenden Bevölkerung das Minimum dessen, was nötig ist zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft, noch geschmälert.

Es kann an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe sein, im einzelnen den Inhalt dieses Gesetzeswerkes zu wiederholen. Nur auf einige besonders krasse Bestimmungen soll hier noch einmal hingewiesen werden.

Um das Defizit von 2,4 Milliarden zu decken, sieht die Notverordnung Ausgabekürzungen und Einnahmeerhöhungen vor. Die Ausgabekürzungen sollen 913 Millionen einbringen. Davon entfallen ganze 50 Millionen auf den Wehretat, alle übrigen Einsparungen geschehen auf Kosten der breiten Massen. Allein an der Arbeitslosenversiche-

rung sollen 400 Millionen gespart werden, 85 Millionen an den Kriegsopfern, 308 Millionen an Löhnen und Gehältern. Das bedeutet praktisch, daß z. B. die Leistungen der Arbeitslosenunterstützung nicht, wie es im amtlichen Text heißt, um 5, sondern um 7 bis 14 Prozent herabgesetzt werden. Das bedeutet, daß die Wartezeit, die früher 14 Tage betrug, jetzt auf 21 Tage verlängert ist, daß Jugendliche, die „unterstützungspflichtige" Angehörige haben, bis zum 21. Jahr überhaupt keine Unterstützung mehr beziehen*), daß Ehefrauen, deren Mann noch in Arbeit steht, die Unterstützung entzogen wird. Wir wissen, was das bedeutet: Eltern, die „unterstützungspfichtig" sind, sind noch lange nicht unterstützungsfähig! In vielen Fällen bildet die Unterstützung der Kinder ein erhebliches Kontingent des gesamten Familieneinkommens. Ehefrauen, die in Arbeit standen, taten das nicht zum Vergnügen, sondern weil sie den geringen Lohn zur Erhaltung der Familie brauchten! — Noch einschneidender fast ist der Abbau in der Krisenfürsorge. Hier sind die Sätze teilweise bis auf die Hälfte reduziert: in der bisherigen Lohnklasse XI wird an Ledige jetzt 10,50 Mark gezahlt, anstatt wie bisher 22,05 Mark, an Verheiratete mit zwei Kindern 18,52 statt 31,50 Mark!

Wie die Ausgabekürzungen gehen auch die Einnahmeerhöhungen nahezu ausschließlich auf Kosten der Aermsten. Die neueingeführte Krisensteuer ist in dieser Hinsicht das Rigoroseste, was überhaupt ersonnen werden konnte: von dem gleichen Einkommen zahlt der Lohnsteuerpflichtige ausnahmslos mehr als der veranlagte Steuerpflichtige, ja, die Schoßkinder der Regierung, die Landwirte, gehen sogar bis zu einem Einkommen von 6000 Mark völlig steuerfrei aus. In dieser Einkommensstufe zahlt, um nur ein Beispiel zu nennen, der Lohnsteuerpflichtige 120 Mark, der Veranlagte aber nur 60 Mark Steuer! Die Erhöhung der Umsatzsteuer, die Tabaksteuer, die Zuckersteuer — das alles sind Belastungen, die sich in erster Linie im Haushalt des Minderbemittelten auswirken!

Die Einsparungen und Mehreinnahmen kommen aber keineswegs den Bedürftigsten zugute, sondern sie werden verwendet zu Geschenken und Liebesgaben an die Besitzenden. Kohlenbarone, Hausbesitzer und die Stickstoffindustriellen werden in erster Linie bedacht.

Die sozialen und gesundheitlichen Folgen der Notverordnung sind unausbleiblich. Arbeitslose, kleine Beamte, Rentner, die schon mit ihren Einkünften nicht ihren dringendsten Lebensbedarf decken konnten, werden geradezu zur Verzweiflung getrieben. Der Gesundheitszustand des Volkes, der sich schon jetzt auf hoffnungslos niedriger Stufe befindet, muß immer weiter sin-

*) Die inzwischen in einem Teil der Presse aufgebauschten „Milderungen" in dieser Frage sind völlig bedeutungslos.

ken. Wir Aerzte werden die ersten sein, die die Folgen von Hunger und Not bei Männern, Frauen und Kindern wahrnehmen werden. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Organisationen der arbeitenden Massen gegen die gewissenlose Aushungerung des Volkes, für die Aufhebung der Notverordnung kämpfen.

Resolution zur Weltwirtschaftskrise

Die Karlsbader Internationale Tagung nahm nach dem Referat des Genossen Graf über die Weltwirtschaftskrise nachstehende Resolution an:

„Die Erweiterung der agrarischen Produktivkräfte und die Rationalisierung der monopolistischen Industrien, imstande, das Wohlergehen und den Wohlstand der Menschheit zu steigern, haben statt dessen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Elend der Massen ungeheuerlich vermehrt und zu einer Weltkrise von nie gesehenem Ausmaß geführt.

Damit ist ein Absinken des Gesundheitszustandes der werktätigen Massen verbunden, das an die schlimmsten Zeiten der Kriegs- und Inflationszeit erinnert. Die Folgen sind:

Allgemeine Verschlechterung des Gesundheitszustandes, insbesondere der Kinder der Erwerbslosen, nervöse Störungen und seelische Zerrüttungen, besonders bei jugendlichen Erwerbslosen, Zunahme der Kriminalistik usw.

Als sofortige Maßnahmen zur Linderung der Auswirkungen der Krise fordern wir:

a) Erhaltung und Ausbau der sozialpolitischen Errungenschaften und der kommunalen Fürsorgeeinrichtungen,

b) Erhöhung des Reallohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Sechsstundentag oder Fünftagewoche, Bau billiger Wohnungen,

c) Verlängerung der Schulpflicht in Stadt und Land bis zum vollendeten 16. Lebensjahr unter Berücksichtigung sozialpädagogischer und sozialpolitischer Erfordernisse.

Diese Notmaßnahmen können nur durch bewußt geführten Klassenkampf verwirklicht werden. Die Wirtschaftskrise und ihre verheerenden Folgen werden endgültig überwunden erst nach Erkämpfung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.“

Die deutschen Gynäkologen und die Geburtenregelung

Von Dr. Julian Marcuse.

Als der Vorsitzende der vorletzten Tagung der Deutschen Gynäkologischen Gesellschaft dem Leiter der Breslauer Frauenklinik, Prof. Fränkel, das Mandat erteilte, im Mai 1931 über Verhütung der Schwangerschaft, ihre Methodik und Technik zu referieren, hatte er das Thema bereits durch einen interpretierenden Beisatz „Wenn aus medizinischen oder schwerwiegenden sozialen Gründen eine Konzeption nicht angezeigt erscheint", einzuzäunen gesucht. Der Impuls des Referenten hat diese Abriegelung gesprengt, seine auf wahrem Arzttum aufgebaute Mentalität konnte eine Bindung an erschwerte und damit verschwommene Abgrenzungen nicht ertragen. Das lange vor dem Zusammentreten des Kongresses im „Archiv für Gynäkologie" erschienene Referat gibt in außerordentlich klarer und instruktiver Darstellung einen Ueberblick über den augenblicklichen wissenschaftlichen wie praktischen Status der Konzeptionsverhütung. Die operative wie die Strahlensterilisierung, die chemische wie die mechanische Schwangerschaftsverhütung werden strukturell wie anwendbar kritisch beleuchtet, die rechtlichen Unterlagen wie die sozialen Einrichtungen zu ihrer Herbeiführung geschildert. Die Arbeit ist zu einem kleinen Kompendium geworden, und wer heute sich mit dem Problem beschäftigt, sei es in dessen wissenschaftlicher Legitimierung, sei es in praktischer Ausübung, der wird für die Präzisierung seines Standpunktes wie für die Anwendung der in Frage kommenden Mittel Stützpunkte und Anweisungen finden. War es Regie oder wirklicher Zeitmangel, es ist höchst bedauerlich, daß das Fränkelsche Referat auf der Frankfurter Tagung nicht zum Vortrag kam. Der lebendige Ausdruck seiner Schlußworte hätte sicherlich dem Gesamtvortrag eine weit stärkere Wirkung verliehen, als es das vorliegende Archivheft vermitteln kann. Sie lauten: „Man kann heute nicht mehr an diesen Dingen vorbeisehen und sie möglichst zu ignorieren versuchen. Es genügt aber auch nicht, der Frau zu sagen, sie solle zusehen, daß sie so bald nicht wieder schwanger werde, sondern man muß daraufhin untersuchen und überlegen, welches Schutzmittel gerade für diesen Fall das geeignetste ist, man muß es ausprobieren, selbst einsetzen und, wenn das Mittel vertragen wird, die Frau in der Einführung praktisch unterweisen und immer wieder den richtigen Sitz kontrollieren."

Es war ein von ärztlicher Verantwortung getragener Appell an die Leiter der Kliniken, gynäkologischen Abteilungen und Entbindungsanstalten, allein er versagte gegenüber einem Gremium, dessen weltanschaulicher Blickfang jedwedes Verständnis für die

tiefgreifenden biologischen und sozialen Veränderungen eines Gesellschaftskörpers wie des gegenwärtigen ersticken ließ. Aus der Individualgynäkologie, so zeichnete in seiner Begrüßungsansprache Prof. Seitz das Bild zeitgenössischer Entwicklungsrichtung, muß eine Sozialgynäkologie erstehen, Frauenheilkunde muß zur Frauenkunde werden. Gute und eindringliche Worte, aber sie waren in den Wind geschlagen durch die in der Diskussion zu dem Fränkelschen Vortrag folgenden Ausführungen der Professoren v. Franqué (Bonn), Gauß (Würzburg), Mayer (Tübingen), Stöckel (Berlin). Man wähnt sich in eine Versammlung von Büßern versetzt, liest man Herrn v. Franqués Anathemata gegen die Triebentartung und sein Rezept „Enthaltsamkeit", oder wenn man Herrn Gauß' Zusammenstellung erotisch-sexueller Film- und Theatertitel und seinen Bannfluch gegen die herrschende Sittenverderbnis an sich vorüberziehen und von Herrn Mayer sich das Palladium sittlicher Güter schildern läßt, (bei welcher Gelegenheit er aus den Untiefen wirtschaftspolitischer „Weisheit" die Behauptung aufstellt, „daß die Wirtschaftswissenschaft einen gegen früher gehobeneren Lebensstandard festgestellt habe!") Man weiß wirklich nicht mehr, ist es Frivolität oder stürste Lebensunkenntnis, gepaart mit fanatischer nach rückwärts gewandter Ideologie, die diese Konservatoren sittlicher Güter auf den Plan gerufen hatte. Auf alle Fälle war es eine Synode von Bußpredigern, die Wissenschaft verhüllte ihr Haupt.

Was man sich also in der wohl brennendsten sozialen Teilfrage des Gesamtlebens von derartigen Köpfen zu versehen hat, hat die Tagung wieder einmal gelehrt. Nicht umsonst hat der vielgewandte Schriftleiter des „Deutschen Aerzteblattes" die peinliche Situation, die auf dem Gynäkologen-Kongreß durch derartige Entgleisungen geschaffen worden ist, abzuschwächen gesucht durch ein persönliches Bekenntnis zur Frage der Geburtenregelung*).

Mehr denn je aber wird es unsere Aufgabe sein, diesen unbelehrbaren Dogmatikern gegenüber die sozialethischen und sozialhygienischen Grundlagen der Rationalisierung der Geburtlichkeit mit all dem unabweisbaren Tatsachenmaterial, über das wir verfügen, aufzuzeigen.

Leitsätze über die Sozialisierung des Heilwesens

Von Dr. Arnold Holitscher-Komotau.**)

Eine völlig befriedigende Lösung des Heilwesens sowie des Gesundheitsdienstes am Volke ist im kapitalistischen Klassenstaate unmöglich, sie wird erst in der klassenlosen Gesellschaft

*) „Deutsches Aerzteblatt", Nr. 17, S. 228.

**) Vgl. Leitsätze zum gleichen Thema von M. Epstein-München im Soz. Arzt. VII. Jahrg. Nr. 5/6.

zu erreichen sein. Alles, was wir vorerst erreichen können und anstreben, kann und wird nur Stückwerk sein und bleiben.

Wir sehen denn auch, daß die wahnwitzige Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ungeheueres Güterangebot auf der einen und nicht zu befriedigender Güterhunger auf der anderen Seite, auch auf dem Gebiete des Heilwesens herrscht: immer steigende Zahl schlecht bezahlter, ja hungernder Aerzte, die sich wütende Konkurrenz bereiten einerseits, andererseits schlecht und ungenügend behandelte Kranke, Millionen, die ganz oder fast ganz ohne ärztliche Hilfe bleiben.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat selbstverständlich auch Aerzte und Heilwesen in ihre Fesseln geschlagen. Die Aerzte sind entweder (und zum größeren Teile) Lohnsklaven, die die inneren Zusammenhänge nicht begreifend, Krankenversicherung und soziale Fortschritte für ihre Notlage verantwortlich machen und auf ihren Abbau drängen, oder Kapitalisten, die mit allen Hilfsmitteln moderner Geschäftsmache arbeiten und zu arbeiten gezwungen sind.

Es gibt keinen Beruf, der so wenig zum geschäftlichen Betriebe geeignet ist wie der ärztliche. Daß ärztliche Leistung stückweise verkauft wird wie Eßwaren und Kleider, obwohl sie im Seelischen wurzeln soll und muß, ist von vornherein unsittlich. Daß der Wohlhabende bessere ärztliche Ware mit seinem vollen Geldbeutel zu kaufen vermag und daher rascher und sicherer wieder gesund werden kann als der Proletarier, für den Gesundheit einen ungleich höheren Wert hat, ist von so aufreizender Gemeinheit, daß schon dadurch allein der gegenwärtige Zustand jedem ethisch eingestellten Menschen als gebrandmarkt erscheinen müßte.

Da die allermeisten Aerzte von den Krankheiten ihrer Mitmenschen leben müssen, entwickelt sich in ihnen, bewußt oder meist unbewußt, Abneigung und Mißtrauen gegen alle Bestrebungen der ärztlichen Kunst und Wissenschaft, Krankheiten zu verhüten.

Der Weg, der aus dem heute herrschenden Chaos, bei dem Aerzte und Volksgesundheit in gleichem Maße leiden, herausführt, ist die Ueberführung der gesamten ärztlichen Tätigkeit aus privatwirtschaftlichen, auf Gewinn berechneten Einzelbetrieben in eine von der Gesellschaft organisierte, durch ihre Beauftragten und Amtsverwalter durchgeführte öffentliche Funktion. Nur so kann und wird es gelingen, mit möglichst wenig Energieaufwand die Ergebnisse der Wissenschaft allen in gleicher Weise in vollem Ausmaße zukommen zu lassen.

Dieses Ziel ist anzustreben durch großzügigen Ausbau der bereits bestehenden Sozialversicherung, in die nach und nach alle Kreise und Stände einzubeziehen sind. Als Anregung und

Vorbild für diese von uns anzustrebende Entwicklung kann uns der von der British Medical Association ausgearbeitete und angenommene Plan eines „Aerztlichen Dienstes am ganzen Volke" dienen, der einen großzügigen Ausbau nicht nur der heilenden, sondern auch der vorbeugenden Tätigkeit des Arztes bietet, und die bereits bestehende Krankenversicherung als Grundlage der neuen Gestaltung nimmt. Auch wir fordern, daß die Sozialversicherung nicht nur nicht abgebaut und geschwächt, sondern im Gegenteil erweitert und verbessert, zum Grundstocke der angesichts der Fortschritte und der Entwicklung der Hygiene und der Heilwissenschaft nicht mehr aufzuhaltenden Sozialisierung des Gesundheitsdienstes in seiner Gesamtheit umgewandelt werde.

Arzt und Sozialversicherung

Leitsätze von Gustav Hoch-Meißen.

1. Die Aerzte haben das größte Interesse an der Aufrechterhaltung und dem weiteren Ausbau der sozialen Versicherung.
2. Die soziale Versicherung ist zu einer Einheit zusammenzufassen. Ebenso ist die Vereinheitlichung der sozialen Fürsorge notwendig. Beide sind unter Berücksichtigung ihrer besonderen Aufgaben auch verwaltungsmäßig zusammenzulegen und müssen unter Ausschluß der privaten Versicherung und der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten.
3. In einem besonderen Gesetz sind die rechtlichen Grundlagen der sozialen Versicherung und der sozialen Fürsorge zu vereinigen. Auf sie ist die zwischenstaatliche Regelung auszudehnen.
4. Allen auf den Gebieten der sozialen Arbeit tätigen Beamten und Angestellten ist über ihre Fachausbildung hinaus eine gründliche soziale Aus- und Fortbildung zu vermitteln.
5. Bei der ärztlichen Begutachtung in der Sozialversicherung ist stets der Gesundheitszustand im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen zu betrachten und zu beurteilen. Mit ihrer Ermittlung sind geeignete soziale Stellen und Sozialarbeiter zu betrauen, die ihre Ergebnisse dem ärztlichen Gutachter zur Verfügung stellen.
6. Die beschränkte freie Arztwahl ist zur Zeit nicht zu umgehen. Sie ist von den Möglichkeiten der Zugangsregelung gegenwärtig das kleinste Uebel.
7. Die Vermehrung und der Ausbau der Ambulatorien ist tatkräftig zu fördern.

Internationale Vereinigung Sozialistischer Ärzte (IVSAe.)

(Vorläufige Richtlinien)

1. In der IVSAe. schließen sich die Aerzte aller Länder zusammen, die sich zum Sozialismus bekennen und die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen.
2. Der Anschluß geschieht durch die in den einzelnen Ländern bestehenden Organisationen sozialistischer Aerzte, seien sie einer der sozialistischen Parteien angegliedert oder auf überparteilicher sozialistischer Grundlage errichtet.
3. In den Ländern, in denen solche Organisationen noch nicht bestehen, können einzelne sozialistische Aerzte sich direkt der Internationalen Vereinigung oder der Organisation eines benachbarten Landes anschließen.
4. Das provisorische Komitee, bestehend aus ein bis zwei Mitgliedern der angeschlossenen Landesverbände, tritt im Bedarfsfalle zusammen.
5. Die IVSAe. unterhält ein Büro, dessen vorläufiger Sitz Berlin ist. Publikationsorgane sind „Der Sozialistische Arzt“ und die Organe der anderen Gruppen.
6. Das Büro der IVSAe. sammelt, vermittelt und veröffentlicht Material über alle die sozialistischen Aerzte interessierenden Fragen und bereitet internationale Aktionen in Gemeinschaft mit den politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen der Arbeiterschaft vor.
7. Das Büro der IVSAe. veranlaßt in den Ländern, in denen Landesverbände noch nicht bestehen, deren Gründung.
8. Das Büro wird erhalten durch Beiträge der Landesverbände, deren Höhe durch Verhandlungen mit diesen festgelegt wird.

Fédération internationale des médecins socialistes.
Statuts provisoires.

1. La Fédération internationale des médecins socialistes groupe les médecins de tous les pays se plaçant sur le terrain de la lutte de classe et du socialisme.
2. Les organisations des médecins socialistes dans les différents pays adhèrent à la Fédération internationale, soit qu'elles appartiennent à un des partis socialistes, soit qu'elles reposent sur la base socialiste sans distinction de partis.
3. Dans les pays où de telles organisations n'existent pas, les médecins socialistes peuvent adhérer directement à la Fédération internationale ou à l'organisation des pays voisins.

4. Le comité provisoire se compose d'un ou de deux membres des sections affiliées et est convoqué en cas de besoin.
5. La Fédération internationale créera un bureau dont le siège provisoire sera à Berlin. Les bulletins de la Fédération seront le journal mensuel de la section allemande „Der Sozialistische Arzt" et les journaux des autres sections.
6. Le bureau rassemble, transmet et publie toutes les informations intéressant les médecins socialistes. De plus, il prépare des actions internationales en accord avec les organisations politiques, syndicales et culturelles de la classe ouvrière.
7. Le bureau fera tout son possible pour créer des sections dans les pays où il n'en existe pas encore.
8. Le bureau est entretenu par les cotisations des sections nationales, dont le montant sera fixé d'après des conventions passées avec elles.

International Federation of Socialist Physicians.
(Provisional statute.)

1. The International Federation of Socialist Physicians is the union of the physicians of all countries, who profess socialism and class-struggle.
2. The organisations of the socialist physicians of all countries affiliate to the international federation; they may be affiliated to any socialist party or be erected on socialist lines on non-party basis.
3. In countries without such organisations each socialist physician may be affiliated either directly to the international federation or to the organisation of a neighbour-country.
4. The provisional committee, consisting of one or two members of the affiliated organisations, will have a meeting, when it is wanted.
5. The International Federation keeps a bureau, the provisional seat of which is in Berlin. Publishing organs are the monthly of the German section „Der Sozialistische Arzt" and the papers of the other sections.
6. The bureau gathers, transmits and publishes materials about all questions important to socialist physicians and prepares international actions in connection with the political labour organisations and trade-unions.
7. The bureau prepares sections to be founded where not yet existing.
8. The bureau is sustained by the affiliation fees of the national sections, the heigh of which is still to be fixed.

Die Karlsbader Tagungen der sozialistischen Ärzte

Mit Rücksicht auf die Erste Internationale Konferenz fand die 4. Reichstagung des VSAe zu Pfingsten außerhalb Deutschlands, in Karlsbad, statt. Die Berichte des Reichsvorstands, vom Genossen Simmel erstattet, und der Ortsgruppen ergaben eine erfreuliche Fortentwicklung des Vereins in fast allen Teilen des Reiches. Aus den wenigen Dutzend Mitgliedern, die vor dem Kriege mit schwachen Kräften unsere Ziele in der Aerzteschaft und im Proletariat propagierten, ist eine aktive Vereinigung von 700 Mitgliedern geworden. In Berlin wie in fast allen Städten nehmen die Ortsgruppen zu allen auftauchenden Problemen des Gesundheitswesens vom sozialistischen Standpunkt aus Stellung. Forderungen zum Arbeiterschutz, Arzt und Kurpfuscher, Reform des ärztlichen Studiums, Sparmaßnahmen, Krankenhaus und Oeffentlichkeit, Verschlechterung der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Notverordnung, Kampf dem § 218, Lübeck, die gewerkschaftliche Organisierung der Aerzte, das sind die Themen, die in letzter Zeit vom VSAe. behandelt wurden. Allzeit haben wir unsere Bereitschaft gezeigt, unsere Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst des Proletariats zu stellen. Andererseits haben wir mit wachsendem Erfolge der Kollegenschaft klarzumachen versucht, daß sie sich auch im eignen Interesse in die Kampfesfront der arbeitenden Massen einreihen muß.

Zum Tagesordnungspunkt „Der Programmentwurf" referierte Genosse Georg Loewenstein. Das Gesundheitspolitische Programm des VSAe. liegt in seinen Grundzügen nunmehr vor. Es besteht aus dem allgemeinen Teil, das Genosse Glaser, Chemnitz, ausgearbeitet hatte, und das im letzten Heft des „Soz. Arzt" bereits veröffentlicht war. Ebenso wie es zuvor schon von der Ortsgruppe Chemnitz gebilligt war, fand es im wesentlichen die Zustimmung der Reichstagung. Dem allgemeinen Teil folgen die spezialisierten Vorschläge Loewensteins, die einige Aenderungen und Kürzungen erfahren sollen. Eine dreigliedrige Kommission wird den endgültigen Programmentwurf bis zum Herbst d. J. fertigstellen. Er wird alsdann allen Ortsgruppen im Reiche zur Begutachtung vorgelegt werden.

Dem Reichsvorstand gab man durch die Wiederwahl und auch sonst zu verstehen, daß er sich nicht ohne Erfolg bemüht hat, die Organisation vorwärtszubringen. Der „Geschäftsführende Reichsvorstand" besteht aus den Genossen: Simmel, Fabian, Haase, Klauber, Hodann, Flake, Schönberger. Dazu kommen: Eskuchen, Zwickau, Geis, Chemnitz, Soloweetschik, Leipzig, Freund, Dresden, Plaut, Frankfurt,

Kahn, Karlsruhe, Epstein, München, Neufeld, Breslau, Wadler, Düsseldorf, Stern, Südwestdeutsche Gruppe, Glaser, Landesverband Sachsen.

In einem kurzen Referat wies Genosse Fabian auf die Bedeutung und den Sinn der am nächsten Tage stattfindenden ersten internationalen Konferenz hin. Zu ihrer Vorbereitung stand uns nur eine sehr kurze Zeit zur Verfügung. Alle Vorarbeiten leistete allein der VSAe. Deutschlands als die älteste Gruppe mit Hilfe der Kollegen aus der CSR, die uns sofort nach Karlsbad einluden. Ein freudiges Echo fanden wir in zehn Ländern, so daß zum ersten Male sozialistische Aerzte ohne Unterschied der Nation und der sozialistischen Parteirichtung gemeinsam beraten werden, wie sie dem leidenden und kämpfenden Proletariat, dem sie sich solidarisch verbunden fühlen, dienen können.

Die Reichstagung hörte alsdann noch ein wichtiges Referat des Genossen Paul Levy, der als Vertreter der Reichssektion Gesundheitswesen im Gesamtverband erschienen war, über das Thema „Aerzte und freie Gewerkschaften". Der Redner konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Reichssektion im Jahre 1930 trotz des allgemeinen Krisenzustands eine Steigerung um 10 Prozent der Mitgliedschaft zu verzeichnen hat. Auch die Zahl der im Gesamtverbande organisierten Aerzte und Zahnärzte ist in raschem Wachstum begriffen. Nach einer sehr sachlichen Diskussion, in der Genossin Lotte Fink gewisse Bedenken der Kollegen aus Süddeutschland äußerte und zahlreiche Redner, wie Epstein, Klauber, Korn, Haase die unbedingte Notwendigkeit des Zusammenwirkens der fortschrittlichen Aerzte mit den freien Gewerkschaften betonten, wurde bei einer Stimmenthaltung die folgende Entschließung angenommen:

„Die Reichstagung des Vereins Sozialistischer Aerzte bekennt sich erneut zur freigewerkschaftlichen Organisation der Aerzte innerhalb der Reichssektion Gesundheitswesen des Gesamtverbandes und fordert die Ortsvereine zu intensiver Werbung für die Aerzteschaft der Reichssektion auf."

Die Reichstagung nahm zum Schluß einige Anträge an. Vor allem soll es der VSAe. weiterhin als seine Aufgabe betrachten, in der Führung des überparteilichen Kampfes gegen die §§ 218 und 184 maßgebend mitzuwirken. Eine Mahnung wurde an alle Ortsgruppen im Reiche gerichtet, mehr noch als bisher die sozialistischen Medizinstudenten in ihrer Arbeit an der Hochschule zu unterstützen. Der neue Reichsvorstand wurde beauftragt, für die im Laufe dieses Jahres fälligen Aerztekammerwahlen Richtlinien auszuarbeiten, und sie den einzelnen Gruppen schnellstens zugehen zu lassen.

Als Einleitung der Internationalen Konferenz sozialistischer Aerzte fand am Sonnabend, dem 23. Mai, abends, im großen Saal des Kurhauses eine öffentliche Volksversammlung statt. Das aktuelle Thema „Geburtenregelung und Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen" ebenso wie die Reihe internationaler Redner hatten trotz der Pfingsttage und trotz sommerlicher Temperatur mehr als 500 Personen zusammenberufen.

Nach einigen einleitenden Worten des Genossen Arnold Holitscher gab Genosse Norman Haire, London, ein Vorkämpfer der Geburtenregelung in England, Beispiele der prüden Zensur in England und schilderte die Fortschritte, die allen Widerständen zum Trotz erreicht werden konnten. Wir bringen seine wesentlichen Ausführungen an anderer Stelle des „Soz. Arzt".

Genosse Max Popper, der Vorsitzende des Vereins der tschechischen sozialistischen Aerzte, bekundete die Teilnahme an dem Kampfe, der jetzt in Deutschland tobt. Er betonte den Klassencharakter des § 144 und forderte, daß er ganz gestrichen werde. An seine Stelle dürfe nur die Ahndung der schweren körperlichen Schädigung treten. Die Folgen des mittelalterlichen Gesetzes seien nicht nur die gesundheitliche Gefährdung der Frau, sondern Denunziation und Erpressung blühen auf dem Boden dieses Gesetzes.

Ueber die verzweifelte Lage der proletarischen Frau sprach Genossin Minna Flake auf Grund ihrer Erfahrungen als Schulärztin in einem proletarischen Bezirk Berlins. Daß die Geburtenregelung heute vielfach in der Form der Abtreibung vorgenommen wird, ist tief bedauerlich. Aber sie ist die Selbsthilfe der Arbeiterfrau, solange Aufklärung über Verhütung so wenig verbreitet, solange die Verhütungstechnik unvollkommen ist, solange auch hier die Gesetze uns Fesseln anlegen. Gerade die Aerzte, die die größte Einsicht in das Elend der arbeitenden Massen haben, müssen in der Massenbewegung gegen den Abtreibungsparagraphen an der Spitze marschieren.

Genosse Leunbach, Kopenhagen, als Sexualwissenschaftler weit über Dänemark hinaus bekannt, schilderte die Lage in diesem Lande. Interessant ist seine Mitteilung, daß die Schwurgerichte auch in ganz klaren Fällen bei Abtreibungen freisprechen. So entscheidet das Rechtsbewußtsein des Volkes! Der Justizminister aber hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, um den Geschworenengerichten diesen Fragenkomplex zu entziehen. Treffend formuliert der Referent, daß zwar Armut leider nicht als Indikation anerkannt werde, wohl aber Reichtum. Nur auf der Grundlage der sozialistischen Weltanschauung könne man auch hier zu einem konsequenten Standpunkt gelangen. Eine ganze Anzahl human und gerecht denkender Aerzte sehen zwar offenen Auges



Internationale Konferenz der sozialistischen Aerzte in Karlsbad (Mai 1931)

alle jene traurigen Folgen, denen die Proletarierfrauen durch die strafrechtlichen Bestimmungen ausgesetzt sind, aber sie weichen vor der vollen Konsequenz zurück, unserer Forderung auf Abschaffung der Abtreibungsstrafe zuzustimmen.

Genosse Karl Evang, Oslo, schilderte die ähnliche Situation in Norwegen. Er kämpft nicht nur in dieser Frage mutig in vorderster Reihe, im vorigen Jahre saß er als Militärdienstverweigerer drei Monate im Gefängnis. Wichtig ist, daß eine allgemeine Aerztetagung Norwegens sich im vergangenen Jahre für die Aenderung des Paragraphen ausgesprochen hat.

Als letzter Redner sprach Genosse Julian Marcuse, München. Er betonte, daß gerade das gesteigerte Verantwortungsbewußtsein, nicht etwa die häufig behauptete „Verantwortungslosigkeit“ Geburtenverhütung und Geburtenregelung herbeiführen. Sachgemäße Verhütung, die durch umfassende Aufklärung und durch Beseitigung des § 184 des Strafgesetzbuches gefördert werden muß, ist das schärfste, das einzig wirksame Abwehrmittel gegen die Abtreibung. Der § 218 hingegen dient nur einer weiteren Unterhöhlung der Volksgesundheit. Unter stürmischem Beifall der Versammlung schloß Marcuse: Erst Mutter- und Säuglingsschutz, dann Geburtenzunahme! Erst Wohnung und Brot, dann Kinderreichtum! Erst Arbeit für alle, dann erst Bevölkerungszuwachs! Die sehr eindrucksvolle Kundgebung beschloß eine zündende Ansprache unseres temperamentvollen und mutigen Genossen Holitscher. „Unzählige Aerzte umgehen den Abtreibungsparagraphen. Auch ich stelle Atteste aus, wo es nach dem Gesetz nicht zulässig ist. Der Kampf gegen dieses volksfeindliche Gesetz muß weitergeführt werden. Männer und Frauen aus vielen Ländern, aus allen Berufen, junge und alte, geloben in dieser Stunde, nicht müde zu werden, bis es geschafft ist.“

Am Sonntag, dem 24. Mai, morgens, wurde unter dem Vorsitz der Genossen Simmel (Deutschland), Sommerville Hastings (England), Holitscher (Tschechoslowakei), Friedjung (Oesterreich), Popper (Tschechoslowakei), Fabian (Deutschland) die Internationale Tagung bei Anwesenheit von über 100 Delegierten und zahlreichen Gästen eröffnet. Die Konferenz wurde vom Gen. Dr. Oskar Simon im Namen der Stadtgemeinde und des Lokalkomitees, das sich durch ausgezeichnete Vorbereitungen und durch glänzende Versorgung der Delegierten große Verdienste um das Zustandekommen der Konferenz erworben hat, herzlichst begrüßt. Für die sozialistische Kollegenschaft sprach Genosse Popper, die Genossin Blatny für die Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren. Sie wies darauf hin, wie wertvoll eine solche Tagung gerade in einer Zeit sei, in der sich große Umwälzungen vollziehen, die auf das Leben und die Gesundheit der Arbeiterklasse von größtem Ein-

fluß sind. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund und den Reichsverband Deutscher Krankenkassen sprach Abg. Genosse Schäfer. Ueberall, wo Aerzte sich in den Dienst der um Befreiung ringenden Arbeiterklasse stellen, so betonte er, werden sie herzlichst begrüßt werden. Die Aerzte sind berufen, an dem Ausbau der Sozialversicherung, die sich in einer schweren Krise befindet, mitzuwirken. Sie wissen am besten, wo es fehlt. Ein Arzt, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, kann dem großen Ziele der Arbeiterbewegung niemals feindlich gegenüberstehen.

Nach Verlesung zahlreicher Begrüßungstelegramme folgten die Berichte aus England, Ungarn, Deutschland, der Tschechoslowakei, Oesterreich, Dänemark, Lettland, Norwegen und Spanien. Ueberall macht die sozialistische Aerztebewegung gerade unter dem Druck der gegenwärtigen Krise Fortschritte. In einzelnen Ländern — auch solchen, die wie Schweiz und Amerika schriftliche Berichte eingesandt hatten — sind organisatorische Schwierigkeiten vorhanden, weil die sozialistische Arzteschaft verstreut über das ganze Land lebt.

Hierauf folgte ein mit großer Aufmerksamkeit und mit starkem Beifall aufgenommenes Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Gg. Engelbert Graf über „Weltwirtschaftskrise und Volksgesundheit." Die wesentlichen Gedankengänge sowie die Entschließung werden an anderer Stelle des „Soz. Arzt" wiedergegeben. Genosse Dr. Bartos-Budapest, dessen Leitsätze bereits in der Kongreßnummer abgedruckt waren, schilderte als Korreferent die großen Schäden, die durch die Arbeitslosigkeit an der Volksgesundheit angerichtet werden. Der Kongreß wurde hierauf im Kurhaussaal von der Stadtvertretung Karlsbad nochmals begrüßt und bewirtet. Bei dieser Feier wurde eine Sammlung für die Arbeiterfürsorge veranstaltet, die ein recht beträchtliches Ergebnis brachte. Eine gemeinsame Fahrt auf die Freundschaftshöhe, und ein gemütliches Beisammensein dienten dazu, die Delegierten der verschiedenen Länder einander persönlich näherzubringen.

Der folgende Tag brachte zunächst eine Diskussion über das Hauptthema. Die Genossin Lantos (Berlin) vertrat den Standpunkt, daß die Beleuchtung der Zusammenhänge der internationalen Krise durch Graf sehr interessant, seine Vorschläge zur Lösung aber sehr unbefriedigend seien. Die Forderung der 5-Tage-Woche sei nur mit vollem Lohnausgleich zu stellen; wenn man wie Graf sie auch — schlimmstenfalls — ohne Lohnausgleich vertrete, damit alles geschehe, damit die Arbeiter noch lebend die nächste Krise erreichen, so käme dies auf eine Sanierung des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiter hinaus. Kann man in dieser Situation nur noch die 5-Tage-Woche durchführen, oder können wir nicht etwas tun, um den Kapitalismus zu stürzen? Kann die Gewerkschaft nicht die Volksempörung benutzen, um einen richtigen Weg einzuschlagen? Die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen

Arbeitslosen und Arbeitenden sei falsch, sie haben keinen Klassengegensatz; die Unsicherheit bestehe bei allen. Die Genossin Lantos verlangt Zusammenziehung der Punkte c und d der Resolution: für die 5-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich. Graf habe auch nicht gesagt, ob er den Sozialismus in Kürze erwartet oder nicht. Hier sei die entscheidende Frage, ob man immer noch glaubt, in den Sozialismus hineinzuwachsen, oder ob man entschlossen ist, Revolution zu machen. Auch bei der Verlängerung der Schulpflicht sei zu fragen, in welchem Moment diese Forderung erhoben wird. Heute bedeute es, daß die Arbeitslosigkeit auf Kosten der Arbeiterfamilie eingeschränkt würde. Stegmann (Dresden) sieht die Depressionserscheinungen als eine der schlimmsten Folgen der Arbeitslosigkeit an. Seelische Aktivierung sei notwendig, durch sie erreichten die Nazis ihre Erfolge bei der Jugend. Gruschka (Aussig) weist Lantos Widerspruch nach: Optimismus, die 5-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich durchsetzen zu wollen und Kleinmut in bezug auf verlängerte Schulzeit mit gleichzeitigem Erziehungszuschuß an die Arbeitereltern. Verlängerte Schulzeit sei eine prinzipielle sozialhygienische Forderung wie Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen und Schwangerenschutz. Epstein (Dux) zeigt die seelische und sonstige Absperrung des Arbeitslosen auf, also auch tiefer Gegensatz zwischen ihm und dem in Arbeit Stehenden. Simmel (Berlin) stellt Frage nach dem Ausweg. Wann und wo soll die Machtfrage aufgerollt werden? Die heutige Konferenz versuche zum erstenmal, international den sozialistischen Parteien den Weg zum Klassenkampf in unseren Fachfragen zu zeigen. Wir sozialistischen Aerzte seien die Sanitätskompanie des Klassenkampfes. Marcuse (München) verlangt vor allem Ausbau des Säuglings- und Mutterschutzes. Graf (Schlußwort): Er habe gesagt, die jetzige Krise sei eine Struktur- und Konjunkturkrise, eine neue Konjunktur sei frühestens in einem Jahre zu erwarten. Erst dann sei der Zeitpunkt gekommen, für den Sozialisten die Zeit richtig zu nützen, nicht in der tiefsten Depression. Das Gebot der Stunde sei, die Arbeiterklasse möglichst ungeschwächt bis in den Kampf innerhalb der Konjunktur zu führen. Der Erwachsene sei nicht so gefährdet wie der Jugendliche, denn er sei gewerkschaftlich und parteilich mehr erzogen. Der Jugendliche schwanke zwischen allen Extremen und der Haltlosigkeit bis zum Verbrechertum. (Cliquenwesen!) Alle müßten zusammenhalten, um die Situation zu überstehen.

Es folgten die Referate der Genossen M. Epstein (München) und A. Holitscher (Komotau) über die „Sozialisierung des Heilwesens". Beide Redner — ihre Leitsätze finden sich an anderer Stelle — betonten, daß für die sozialistischen Aerzte nicht Standesinteressen, sondern die Volksgesundheit im Mittelpunkt ständen. Der gegenwärige Zustand müßte allen Aerzten unerträglich scheinen, da sich im Grunde kein Beruf so wenig zum Ge-

werbebetrieb eigne wie der des Arztes. Notwendig sei die Sozialisierung des Heilwesens als Teil der Sozialisierung des gesellschaftlichen Lebens überhaupt.

Ueber das Thema „Arzt und Sozialversicherung" referierte Genosse Stadtarzt Hoch (Meißen). In der Debatte hierzu sprachen die Genossen Marchfeld (Lundenburg), Stadtphysikus Gruschka (Aussig), Löwenstein (Berlin), Flake (Berlin). Im Zusammenhang mit diesem wichtigen Punkt der Tagesordnung wurde von den sozialistischen Aerzten aller vertretenen Länder einstimmig folgende Protestresolution angenommen:

Die internationale sozialistische Aerztekonferenz, Pfingsten 1931, in Karlsbad, protestiert aufs schärfste gegen jeden Versuch des Kapitals, die Lasten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise durch den Abbau der Sozial- und Krankenversicherung oder durch Uebernahme derselben in die Privatwirtschaft auf das Proletariat abzuwälzen. Sie erblickt in solchem Vorgehen die Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung für die arbeitenden Massen, denen dadurch das Gesundheitsminimum, die letzte Lebensmöglichkeit genommen würde. Die sozialistischen Aerzte werden alles in ihren Kräften Stehende tun, diesen Angriff auf die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung abzuwehren.

Nunmehr folgte die endgültige Konstituierung der Internationalen Vereinigung sozialistischer Aerzte mit provisorischen Richtlinien, die in drei Sprachen im „Soz. Arzt" abgedruckt sind. Es waren erhebende und eindrucksvolle Augenblicke, als die Delegierten von neun Ländern zunächst ihre freudige Zustimmung zu diesem Zusammenschluß unter lebhaftem Beifall der ganzen Versammlung gaben. Gleichgültig, ob die einzelnen Sektionen parteimäßig oder überparteilich wie z. B. der deutsche VSAe. organisiert sind, alle wollen am gemeinsamen Werk mitarbeiten. Sie alle — Oesterreich und andere Länder wollen bald nachfolgen und die Lücke schließen — erklärten erneut vor aller Oeffentlichkeit ihre Bereitschaft und ihren Willen, ihre Kenntnisse und ihre Erfahrungen in den Dienst des Proletariats zu stellen, es physisch und psychisch für den Befreiungskampf zu stärken. Daneben werden sie wie bisher die noch abseits stehenden Kollegen mit ihren gewichtigen Argumenten von der Notwendigkeit zu überzeugen suchen, sich in die Kampfesfront der arbeitenden Massen einzureihen. In das Internationale Büro, dessen Sitz einstweilen in Berlin sein soll, wurden bisher gewählt: Simmel und Fabian (Deutschland); Sommerville Hastings und Charles W. Brook (England); Holitscher und Popper (Tschechoslowakei); Jahn (Ungarn); Kraulis (Lettland); Leunbach (Dänemark); Evang (Norwegen). Die Sektionen von Oesterreich, Spanien, Holland und Amerika werden demnächst ihre Vertreter bestimmen. Dem deutschen VSAe., der die Anregung zu dieser 1. Internationalen Konferenz gegeben und sie durch seine mühevolle Vorarbeit ermög-

licht hat, wurde einmütig gedankt. Mit Eifer werden die einzelnen Sektionen an die Arbeit gehen, gestützt von der IVSAe., zu allen aktuellen Fragen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens Stellung zu nehmen und im Dienste der Arbeiterklasse zu wirken. Dann wird die neugeschaffene Körperschaft bald mehr als nur ein Begriff, dann wird sie eine aktive und leistungsfähige Vereinigung sozialistischer Aerzte sein. E. F.

Begrüßung des Kongresses der sozialistischen Ärzte in Karlsbad

Aus dem Leitartikel des „Volkswille" (Sozialdemokratisches Tageblatt):

„Die Arbeiterschaft der Stadt und des Bezirkes Karlsbad entbietet den sozialistischen Aerzten, die Karlsbad zum Tagungsorte ihrer ersten internationalen Zusammenkunft gewählt haben, herzlichsten Gruß. Wir freuen uns darüber, daß eine von Jahr zu Jahr wachsende Schar von Aerzten sich zur Einsicht durchringt, daß ihr Platz an der Seite jener werktätigen Menschen zu sein hat, die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den einzigen Grund allen Elends, des Hungers, des Jammers und des Krieges erblicken, und die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Menschheit von dem Fluche dieser Ordnung durch die Erkämpfung der klassenlosen Gesellschaft zu befreien . . .

Ihr werdet drei Tage in ernster Beratung verbringen. Während sonst die Arbeiterschaft ärztlichen Tagungen zwar mit Interesse und Teilnahme, aber doch mit einem gewissen Mißtrauen gegenübersteht, ein wenig instinktiv fühlend, daß von den Ergebnissen solcher wissenschaftlicher Debatten der proletarischen Klasse nur sehr wenig zugute kommen werde, begleitet sie eure Arbeit, eure Vorträge mit vollster Sympathie. Denn sie weiß, daß euer Denken, euer Streben, euer Mühen und Schaffen nur ihr selbst, nur ihrem Aufstieg, ihrem Siege gilt. Der sozialistische Arzt, der inmitten der Reihen des arbeitenden Volkes marschiert, weiß es, daß sein Schicksal, aber auch die Zukunft des ärztlichen Berufes, ja der ärztlichen Wissenschaft, unlösbar verknüpft ist mit dem Geschicke des Proletariats . . . "

Der Vorstand des Afa-Bundes schreibt:

„Wir danken Ihnen verbindlichst für die Einladung zu der 1. Internationalen Konferenz sozialistischer Aerzte und teilen mit, daß wir infolge Arbeitsüberlastung und der derzeitigen großen Inanspruchnahme von Vertretungen seitens unserer Vorstandsmitglieder leider nicht in der Lage sind, Ihrer Einladung Folge zu leisten.

Ihrer Tagung wünschen wir besten Erfolg."

Ein ähnliches Schreiben liegt vom Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt vor.

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen:

„Leider gestatten uns unsere Verpflichtungen nicht, an Ihrer Konferenz teilzunehmen.

Wir wünschen Ihnen aber im Interesse der für die Allgemeinheit zu leistenden Arbeit bestes Gelingen und versichern Sie unserer Sympathie und Solidarität."

„Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker der deutschen Hochschulen“ in Prag:

„Die Vereinigung ist bestrebt, ihre Mitglieder mit dem geistigen Rüstzeug für den Kampf gegen die gesamte faschistische Reaktion auszustatten und ihnen dann zu ermöglichen, an der Seite der sozialistischen Aerzte für das Recht aller auf Gesundheit mitzukämpfen. Wir wünschen der Tagung besten Erfolg.“

Von den zahlreichen Telegrammen seien die folgenden erwähnt:

„Der Bundestag des „Arbeiter-Samariter-Bundes“ in Heidelberg begrüßt die Internationale Tagung des Vereins sozialistischer Aerzte und wünscht besten Erfolg.“

Die amerikanische Vereinigung sozialistischer Aerzte:

„American socialist physicians regret their absence wish you a successful convention.“ Doctor Auslander.

Dr. Batkis, Moskau:

„Akademische Verpflichtungen machen unmöglich, Einladung anzunehmen.“

Die soeben gegründete Vereinigung spanischer Genossen:

„Reunida fundacion agrupacion medico socialista saluda carinosamente ruega accedan representarla congreso escribidos. Comite.“

Die Vertreter der Vereinigung Hollands:

„Verhindert zu kommen, wünschen guten Erfolg.“

Heyermans und Sajet (Amsterdam).

Von den weiteren Begrüßungsschreiben der durch Krankheit oder Reisen an der Teilnahme verhinderten Genossen erwähnen wir: I. Zadek, Berlin, F. G. Bushnell, Plymouth, Sekretär des sozialistischen Arbeiter-Gesundheitsrats in England, O. Popitz, Leipzig, Max Hodann, Berlin, Professor O. Fischer, Prag, F. Rukhaus, New York, Silberspitz, Lodz.

Liste der Delegierten zur Karlsbader Tagung

Name	Wohnort	Teilnahmeberechtigt als Deleg. oder Mitgl.
Adam, Martin	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Adam, Margarete	Berlin	Mitglied d. Ortsgr. Berlin
Adler, Emil	Franzensbad	Deutsch-Tschech. Sektion
Alksnis-Kraulis	Riga	Sektion Lettland
Bachmann, Wenzel	Karlsbad	Internat. Arb. „Flamme“
Bartos, Alexander	Budapest	Sektion Ungarn
Beschloß, O.	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Blattny, Fanny, Abg.	Karlsbad	Club d. Abg. u. Senatoren
Bloch, Wilhelm	Graslitz	Deutsch-Tschech. Sektion
Blum, Leo	Berlin	Sozialist. Studentengruppe
Cemach, Alexander J.	Wien	V. S. D. Ä. Österreich
Chiavacci	Wien	V. S. D. Ä. Österreich
Ehrenfried, Lilli	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Epstein, M.	München	Reichsvorstand
Epstein, Paul	Dux i. B.	Deutsch-Tschech. Sektion
Epstein, Richard	Aussig	Deutsch-Tschech. Sektion
Evang, Karl	Oslo	Sektion Norwegen
Fabian, Daniel	Budapest	Sektion Ungarn
Fabian, Ewald	Berlin	Reichsvorstand
Fabian, Walter	Dresden	Pressevertreter
Fabian, Dora	Berlin	Übersetzerin
Fink, Lotte	Frankfurt a. M.	Südwestdeutsche Gruppe d. V. S. Ä.
Fischer	Kaaden	Deutsch-Tschech. Sektion
Fischl, Siegfried	Brünn	Deutsch-Tschech. Sektion
Flake, Minna	Berlin	Reichsvorstand
Fränkel	Beuthen, O.-S.	V. S. Ä. Schlesiens
Freund, Hugo	Dresden	Reichsvorstand
Fried, Emil	Brünn	Deutsch-Tschech. Sektion
Friedjung, Josef	Wien	V. S. D. Ä. Österreich
Fürst, Sidonie	Wien	V. S. D. Ä. Österreich
Fürst, Ella	Budapest	Sektion Ungarn
Ganz, Robert	Heraslec-Kràlové	Tschech. Sektion
Garma, Angel	Madrid	Sektion Spanien
Geis, F.	Chemnitz	Reichsvorstand
Glaser, Kurt	Chemnitz	Landesverb. Sachsen
Goldberger, J.	Karlsbad	Mitgl. d. V. S. Ä.
Goldberger, Barbara	Karlsbad	Mitglied d. V. S. Ä.
Goldberger	Graslitz	Deutsch-Tschech. Sektion
Goldstein, Rudolf	Berlin	Sozial. Studentengruppe
Graf, Gg. Engelbert, M.d.R.	Bad Dürrenberg	Referent
Grimm, Karl	Komotau	Deutsch-Tschech. Sektion
Gruschka, Theodor	Aussig	Deutsch-Tschech. Sektion
Guttmann, Leo	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Haase, Ernst	Berlin	Reichsvorstand
Haire, Norman	London	Referent u. V. S. Ä.-Mitglied
Hansen, Otto G.	Oslo	Sektion Norwegen
Hastings, Sommerville M. P.	London	Sektion England

Name	Wohnort	Teilnahmeberechtigt als Deleg. oder Mitgl.
Hastings, B.	London	Sektion England
Hjort, Arne	Stövring	Sektion Dänemark
Holitscher, Arnold, Senator	Komotau	Deutsch-Tschech. Sektion
Holzer	Chemnitz	Ortsgruppe Chemnitz
Hörder, Henny	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Höltzl	Komotau	Deutsch-Tschech. Sektion
Horn, Wenzel	Karlsbad	Pressevertreter
Hornung	Mähr.-Ostrau	Tschech. Sektion
Hurly, St.	Prag	Tschech. Sektion
Jahn, Ferenc	Budapest	Sektion Ungarn
Johne, Josef	Komotau	Deutsch-Tschech. Sektion
Karfunkel, Leo	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Kasper, Joseph	Berlin	Sozial. Studentengruppe
Katz, Karl	Asch	Deutsch-Tschech. Sektion
Klauber, Leo	Berlin	Reichsvorstand
Klaus	Komotau	Deutsch-Tschech. Sektion
Kochmann, Rud.	Chemnitz	Orasgruppe Chemnitz
Kochmann, Benno	Frankenberg	L.-V. Sachsen
Korn, Franz	Breslau	Ortsgruppe Breslau
Kraulis	Riga	Sektion Lettland
Lampl, Otto	Prag	Deutsch-Tschech. Sektion
Lantos, Barbara	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Leunbach	Kopenhagen	Sektion Dänemark
Levi, Karl	Düsseldorf	L.-V. Rheinland-Westfalen
Levy, Herbert	Frankfurt a.d.O.	Berlin-Brandenburg
Levy, Paul	Berlin	Referent u. Gesamtverband (Sekt. Gesundheitswesen)
Lieben, Ernst	Turn-Teplitz	Deutsch-Tschech. Sektion
Loewenstein, Georg	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Malbin, Leo	Chemnitz	Ortsgruppe Chemnitz
Marchfeld	Lundenburg	Tschech. Sektion
Marcuse, Julian	München	Ortsgruppe München
Mayer, Wilhelm	München	Ortsgruppe München
May, Alfred	Prag	Soz. Studentenschaft Prags
Meyenburg, C.	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Müller, J.	Karlsbad	Deutsch-Tschech. Sektion
Neufeld, B.	Karlsbad	VSÄ-Mitglied
Neumann, Ernst	Eger	Deutsch-Tschech. Sektion
Popper, Max	Prag	Tschech. Sektion
Rosenthal, Franz	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Rutherford, V. H.	London	Sektion England
Sassower	Aussig	Deutsch-Tschech. Sektion
Schäfer, Anton, Abg.	Reichenberg	Dtsch. Gewerkschaftsbund u. Reichsverband Dtsch. Krankenkassen
Schönberger, Jul.	Berlin	Reichsvorstand
Schönberger, Ida	Chemnitz	Ortsgruppe Chemnitz
Schönstein, Alexander	Budapest	Sektion Ungarn
Seligsohn, Franz	Dresden	Ortsgruppe Dresden
Semmel, Curt	Berlin	Ortsgruppe Berlin
Semmel, Luise	Berlin	Sozial. Studentengruppe
Simmel, Ernst	Berlin	Reichsvorstand
Simon, Oscar	Karlsbad	Deutsch-Tschech. Sektion
Soloweetschik, K.	Leipzig	Ortsgruppe Leipzig

Name	Wohnort	Teilnahmeberechtigt als Deleg. oder Mitgl.
Sparenborg, W.	London	Sektion England
Stark, Adolf	Marienbad	Deutsch-Tschech. Sektion
Stark, Gerhard	Marienbad	Deutsch-Tschech. Sektion
Stegmann, Margarete	Dresden	Ortsgruppe Dresden
Taussig	Prag	Tschech. Sektion
Turek, Aug.	Prag	Tschech. Sektion
Wadler, Wilh.	Düsseldorf	Rheinland-Westfalen
Weigel	Brünn	Deutsch-Tschech. Sektion
Weiner, Willi	Meißen	L.-V. Sachsen
Weißkopf, Josef	Brünn	Tschech. Sektion
Winter, Dr. jur.	Prag	Abg. d. Parlaments
Wohlmuth, Herbert	Chemnitz	Ortsgr. Chemnitz
Wurm, Mathilde,	Berlin	Mitglied des Reichstags
Zentner, Max	Karlsbad	Deutsch-Tschech. Sektion
Ziegler, Raimund	Pirkenhammer	Deutsch-Tschech. Sektion

Um den § 218

Am 10. Mai fand in Mannheim eine Arbeitstagung der süddeutschen Gruppe des VSAe. statt, die auf Anregung des Genossen Dr. Kahn-Karlsruhe einberufen war, und die sich mit den Möglichkeiten der Abänderung des § 218 StrGB. beschäftigte. Um die Zusammenkunft von vornherein als Arbeitstagung zu dokumentieren, war von einer allgemeinen örtlichen Einladung abgesehen worden; aber es wurde eine große Anzahl fortschrittlich gesinnter Juristen, Parlamentarier und in der öffentlichen Fürsorge stehender Persönlichkeiten eingeladen. Ungefähr 100 Personen (darunter erfreulich viele Juristen) waren erschienen. Genosse Dr. Stern-Mannheim begrüßte und leitete die Versammlung. In der Begrüßung wurde betont, daß eine Tagung so vieler Mediziner, Juristen und sozial interessierter Persönlichkeiten zur Bearbeitung eines im öffentlichen Interesse liegenden Themas lebhaft zu begrüßen sei. Noch viele andere unser Volksleben brennend interessierende Fragen könnten durch eine Zusammenarbeit oben genannter Personenkreise einer Lösung nähergeführt werden.

Genosse Dr. Marcuse-München hielt das einleitende Referat. Von der Bambergischen Halsgerichtsordnung bis zu den neuesten Abänderungsvorschlägen des § 218 von Radbruch, Kahl, Grotjahn und Hellpach zeigte er die geschichtliche Entwicklung des Kampfes um das Recht des ungeborenen Kindes. Theologische Streitigkeiten (foetus animatus und foetus inanimatus) trübten zeitweise die klare Einsicht. Für den katholischen Teil der Bevölkerung (auch für den katholischen Arzt) entscheidet vorläufig diese Frage die Enzyklika Papst Pius XI. vom 31. Juli 1930, in der festgelegt ist, daß das höhere Gut in der sakramentalen Taufe des Kindes, nicht im Leben der Mutter liegt. In klaren Ausführungen zeigte M. die Differenzen, die im Laufe der Zeit zwischen ärztlichem Handeln und juristischem Denken entstanden sind, und die man bis heute nicht beseitigen konnte. Wohl hat 1917 in Preußen eine Kommission von Sachverständigen Richtlinien aufgestellt, wann der Arzt unterbrechen dürfe, wohl haben die verschiedenen Abänderungsvorschläge des Paragraphen zu einer Milderung der gesetzlichen Bestimmungen geführt, wohl hat eine Reichsgerichtsentscheidung die Möglichkeit der „Güterabwägung" gegeben; aber das Leben ist so vielgestaltig, daß die jetzige Regelung absolut ungenügend bleiben mußte. Für die Aerzteschaft gilt in ihrem Kampf um den § 218 in erster Linie der Schutz des ärzt-

lichen Handelns vor dem Staatsanwalt. Noch gilt für uns die Standesordnung, welche die Unterbrechung der Schwangerschaft nur zur anders nicht möglichen Heilung einer Krankheit der Mutter oder deren Schutz vor einer solchen zuläßt, aber jede Form der sozialen Indikation ablehnt. Alle Versuche einzelner Aerzte oder von Gruppen (Kiel, Hamburg, Berlin, Württemberg), in diesen Beschluß des Aerztetages eine Bresche zu schlagen, scheiterten an dem Widerstand der Organisation, die eine unbeeinflußte allgemeine Befragung jedes einzelnen deutschen Arztes bisher ablehnte. Im besonderen wies M. auf die Enquete Fink-Frankfurt hin, die auf Grund statistischer Erhebungen der Frankfurter Sexualberatungsstelle zu folgenden Schlüssen kam: „1. Die Zahl der Abtreibungen sinkt, je mehr die Aufklärung über Verhütungsmittel fortschreitet. 2. Die Gefahren der Abtreibung werden künstlich zu Zwecken der Abschreckung übertrieben. Die sachgemäße Unterbrechung der Schwangerschaft, besonders in der Frühzeit, verläuft ohne Schädigung des Körpers der Frau. 3. Diejenigen Frauen, denen von der Beratungsstelle in Ermangelung einer genügenden medizinischen Indikation die Unterbrechung abgelehnt werden mußte, gehen in der Mehrzahl zu Kurpfuschern.“ Den Vorschlag Grotjahns, ähnlich dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, ein Rahmengesetz mit ausführlichen Ausführungsbestimmungen zu schaffen, lehnt M. ab. Ebenso lehnt er die Einführung des neuen Begriffs der Rüstigkeit in die Indikation (Hellpach) ab. Begrüßenswert ist es, daß sogar der Gynäkologenkongreß in Frankfurt sich in einem Referat mit der Frage der Geburtenverhütung und Sterilisation befaßte. Die Frage der Sterilisation gehört eng zu der der Geburtenregelung. Für den Arzt ist die Sterilisation, besonders beim Manne, ein leichter Eingriff, für den Strafrechtsjuristen ist sie eine schwere Körperverletzung. Für die Gesellschaft bedeutet sie immer einen Verstoß gegen die guten Sitten. Es ist bei einer Aenderung der Arzneimittelgesetze darauf zu achten, daß die antikonzeptionellen Mittel und die Mittel, die den Abort erleichtern (Pasten) nicht in Bausch und Bogen als zu unsittlichen Zwecken dienend, verboten oder im Verkauf eingeschränkt werden. Die Frage der Abänderung des § 218 ist in Fluß gekommen, durch Bearbeitung der Presse, der ärztlichen Standesorganisation und der Oeffentlichkeit ist darauf zu achten, daß sie nicht wieder einschläft.

Genosse Professor Dr. Radbruch-Heidelberg führte als zweiter Referent aus: So wie am Ende des 18. Jahrhunderts die Frage der Kindestötung die öffentliche Meinung erregte, so beschäftigt heute die Frage der Abtreibung weite Kreise der Bevölkerung. Zwei Motive stehen einer zweckmäßigen Lösung hemmend im Wege: Abtreibung ist zu bestrafen: a) wegen des Schutzes der Seele der Leibesfrucht, da die Einzelseele Unendlichkeitswert besitzt (Papst Pius XI), b) wegen des Schutzes der Gesellschaft (Bevölkerungspolitik). Bei a) ist es Todsünde für denjenigen, der die Leibesfrucht tötet, ebenso wie es Sünde ist, den Täter nicht zu bestrafen. Allerdings ist auch hier nach kirchlicher Lehrmeinung jede Handlung, die anderen Zwecken dient, die Tötung der Frucht aber als Nebenzweck hat, erlaubt. Für die katholische Kirche sind Machtgründe für diese Stellungnahme maßgebend. Mit dem Standpunkt des Bevölkerungspolitikers läßt sich diskutieren. Vom kriminalpolitischen Standpunkt ist zu sagen: Abtreibungsstrafrecht ist Klassenstrafrecht, Abtreibungsstrafrecht ist Zufallsstrafrecht, Abtreibungsstrafrecht ist die Quelle anderer Strafen (Betrug, Erpressung u. a.). Eine Reform des § 218 kann auf 3 Weisen geschehen. a) Strafmilderung, sie ist ungenügend, weil jeder Arzt sich auch in Zukunft aus Standesgründen scheuen wird, die Unterbrechung durchzuführen. Es bleibt Straffreiheit, die b) sachlich begrenzt sein kann (medizinische, eugenische, ethische und soziale Indikation). Auch die sachliche Begrenzung muß abgelehnt werden, da die Indikationen nicht eindeutig umrissen werden können. Praktisch unlösbar ist die Frage, wem die Indikationstellung zu über-

tragen ist. (Kommissionen sind für die meisten Frauen seelisch nicht tragbar.) Eine 5. Indikationsstellung ist dabei noch gar nicht erwähnt, nämlich die seelische Indikation, wenn z. B. eine Frau von ihrem Manne wegen der Zerrüttung der Ehe gar kein Kind mehr will. Es bleibt nur eine dritte Lösung c) die zeitliche Freigabe. Die Dreimonatsgrenze, wie sie auch das frühere kanonische Recht kannte, und die auch durch die Aerzte aus Gründen der Technik als gegeben angesehen wird, ist in weitgehenden Grenzen innezuhalten. Radbruch wies noch auf die Experimente hin, die in Rußland in den letzten Jahren im Interesse der ganzen Menschheit gemacht wurden. Jede Milderung des Strafrechts ruft immer die Schwarzseher auf den Plan, die in jeder Aenderung eines Paragraphen bereits eine Bedrohung des Bestandes der Gesellschaft sehen.

An der sehr anregenden Diskussion beteiligten sich u. a. Löwenstein-Berlin, Stern-Mannheim, Rosenhaupt-Mainz, Fürst-Frankfurt, Bauer-Frankfurt, Langheinz-Ketsch, Fink-Frankfurt, Kronstein-Mannheim, Reichmann-Heidelberg, Kahn-Karlsruhe, Gumbel-Heidelberg, Hagen-Frankfurt, Michel-Pirmasens, Epstein-Frankfurt, Reite-Kaiserslautern, Dietrich und Breuninger-Stuttgart, Herz-Heidelberg und Marum-Karlsruhe. Die Diskussion spann sich vor allem um die Frage der zeitlichen und sachlichen Indikationsstellung, dann, wer soll die Verantwortung tragen, der Arzt, eine Kommission, Juristen; ferner wurden die einzelnen Abänderungsvorschläge in ihren juristischen, volksgesundheitlichen und politischen Auswirkungen besprochen. Auch die sexualpsychologischen Fragen im Kampf gegen die Abtreibung wurden erörtert. Ein Eingehen auf jeden Diskussionsredner geht über den Rahmen dieses Referats hinaus. Einstimmig fand schließlich folgende Resolution (Marum) Annahme:

„1. Die Abtreibung ist nicht erwünscht, sie ist insbesondere kein richtiges Mittel zur Geburtenregelung. Empfängnisverhütung ist dazu wesentlich geeigneter. Deshalb ist die Einrichtung von Sexualberatungsstellen ein wichtiger Faktor in der Bekämpfung der Abtreibung; auch die Ankündigung von empfängnisverhütenden Mitteln ist in jeder Weise zu erleichtern, auf keinen Fall durch gesetzliche Bestimmungen zu erschweren.

2. Trotzdem ist neben der Empfängnisverhütung und angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Unterbrechung der Schwangerschaft für straflos zu erachten:

a) allgemein in den ersten drei Monaten durch einen Arzt;

b) wenn sie durch einen Arzt geschieht, weil sie zur Abwendung einer Gefahr für Leben und Gesundheit oder Arbeitskraft und Berufsfähigkeit erforderlich ist.

3. Auf alle Fälle sind die in den Beschlüssen des Strafrechtsausschusses des Reichstages beschlossenen Verbesserungen, wie z. B. Herabsetzung der Strafe, Verkürzung der Verjährungsfrist, Absehen von Strafen in leichten Fällen, Straflosigkeit des untauglichen Versuchs, Einführung der medizinisch-sozialen Indikation durch eine Novelle zum Strafgesetzbuch sofort durchzuführen."

Ferner wurde durch die Versammlung mit 91 gegen 3 Stimmen folgende Resolution zur Todesstrafe angenommen:

„In Mannheim versammelte Aerzte und Juristen beklagen es, daß die Mahnung des Reichsjustizministeriums, während der schwebenden Verhandlungen über die Abschaffung der Todesstrafe, Todesstrafen nicht zu vollstrecken, bereits von zwei Ländern durchbrochen worden ist, und erblicken darin ein gefährliches Hindernis für die Beseitigung dieser Kulturschande."

Nach den Schlußworten der Redner dankte Genosse Plaut-Frankfurt dem Genossen Stern für die gute Organisation der Tagung.

Nach Schluß der Versammlung fand eine Sitzung der VSAe-Mitglieder statt, in der interne Fragen besprochen wurden, u. a. aber auch an den Vorstand des VSAe. allgemein die Bitte ausgesprochen wurde, die nächste Reichstagung in Karlsruhe abzuhalten. Der Vorsitz der Süddeutschen Gruppe geht aus technischen Gründen wieder an Karlsruhe über. Anfragen sind zu richten an Genossen Dr. Kahn, Karlsruhe, Stefanienstraße.

Die lebhafte Anteilnahme an der Arbeitstagung aus allen wirklich an einer Aenderung des § 218 interessierten Kreisen erweist die Zweckmäßigkeit, ähnliche Veranstaltungen auch in anderen Teilen des Reiches abzuhalten. Kappes.

RUNDSCHAU

Scheuen.

Die gesamte Presse beschäftigt sich seit vielen Monaten mit dem Fall Scheuen: Gerichtssaalberichte, Beschreibungen der Martern, die die unglücklichen Jungen erleiden mußten, eine Fülle von Artikeln über die grotesken Zustände im Landesjugendamt, über Frau Weyl, den Herrn Obermagistratsrat Knauth, Aufsätze über das soziale Problem usw. usw. Aber die größte Ausführlichkeit in der Behandlung der Einzelheiten dieses speziellen Falles genügt nicht. Es besteht die Gefahr, daß das Publikum vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen bekommt, wenn nicht in der Hauptsache auf das System hingewiesen wird. Auf das System, das die sadistischen Exzesse eines Straube, der Prügelpädagogen der Ricklinger und Gütergotzer Erziehungsanstalt und vieler ihrer Kollegen in der Fürsorge ermöglicht, das die fahrlässige Amtsführung der Frau Stadträtin Weyl gutheißt, das die Prügelstrafe in den Schulen aufrecht erhält. Es ist das militaristische System, das jahrhundertelang rücksichtslos durchgeführt wurde, zum Zweck, unbedingten Gehorsam und knechtische Gesinnung zu erzeugen. Der Zweck wurde erreicht. Wie viele Kinder und Jugendliche unter diesem System Märtyrerqualen gelitten haben und zugrunde gegangen sind, hat man nicht zur Kenntnis genommen, denn die Berichterstattung war eine andere als die heutige. Aber nicht nur die Berichterstattung hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert, auch die Lebensbedingungen und mit ihnen die Menschen, sind andere geworden. Andere Zeiten müßten, so sollte man meinen, auch andere Erziehungssysteme erfordern. Aber Familie und Schule haben bis heute das militaristische System beibehalten, die Fürsorge hat es glatt übernommen. Nicht nur, weil man die Menschen gar nicht anders haben will, als sie im goldenen friderizianischen und wilhelminischen Zeitalter waren, sondern — und das ist das Hauptmotiv — weil dieses System so ungeheuer bequem ist. Eine Erziehungsmethode, die nicht gewaltsam, aber den Bedürfnissen der seelischen Ent-

wicklung des Kindes angemessen ist, setzt eine viel schwierigere, kompliziertere Ausbildung der Pädagogen voraus, als ein Herr Straube sie genossen hat, setzt vor allem eine gut fundierte psychologische Ausbildung voraus. Ein Erzieher, der um die kindliche Seele, ganz besonders um die kranke kindliche Seele, wie sie z. B. die Verwahrlosten haben, Bescheid weiß, wird nicht prügeln. Oder er ist ein schwerer Sadist. Sind aber erst sämtliche Erzieher und sogar die Inhaber der höchsten Stellen im Landesjugendamt — man verzeihe solchen Optimismus — über den wichtigsten Faktor in der Pädagogik, das kindliche Seelenleben, sachgemäß orientiert, so wird wohl solch einem pervers veranlagten Lehrer das Handwerk gelegt werden. Ein psychologisch geschulter Pädagoge wird wissen, daß man Verwahrlosung niemals durch Gewalt kurieren kann, sondern durch Gewalt die Verwahrlosung nur verstärkt. Denn Verwahrlosung ist meistens die Folge eines liebelosen, von Enttäuschungen erfüllten, elenden Lebens. Er wird wissen, daß es sinnlos ist, das eine oder andere Symptom der Verwahrlosung (z. B. Stehlen) durch scharfe Maßnahmen ersticken zu wollen, sondern daß man wie bei jeder anderen Krankheit, die Verwahrlosung selbst heilen muß. Er wird die verschiedenen Arten der Verwahrlosung zu unterscheiden und noch viel mehr wissen, was die Menschen vor ihrem gefährlichsten Feind, der schlechten Erziehung, bewahren kann. Er wird den Kindern in hohem Maße ersetzen können, was das Leben ihnen versagt, er wird ihnen im wahrsten Sinne des Wortes ein Seelenarzt sein.

Wir brauchen keine Psychopathenheime, keine festen Häuser und keine Jugendgefängnisse, wenn wir — ausschließlich gut geschulte Pädagogen haben.

Sparsamkeit bei den Krankenkassen?

In der Presse und in Eingaben an den Reichsarbeitsminister erheben die Krankenkassenspitzenverbände die Forderung nach Abbau der Arzthonorare. Bisher sei infolge der Notverordnung die Anzahl der Behandlungsfälle erheblich gesunken, aber die Aerzte hätten es verstanden, sich ihre früheren Einnahmen aus der Krankenkassenpraxis im wesentlichen zu erhalten. Tatsächlich hat die Notverordnung bewirkt, daß z. B. in einer großen Stadt die Krankenfallzahl von rund 200 000 auf 140 000 im 4. Quartal 1930 zurückgegangen ist. Dieser sogenannte Erfolg wird dadurch aufgehoben, daß die Patienten im allgemeinen erst in einem schweren Krankheitszustand den Arzt aufsuchen. Die Folge ist, abgesehen von den Schädigungen des Kranken, eine viel umfangreichere und kostspieligere ärztliche Bemühung. Auf alle diese sinnlosen und gesundheitsschädlichen Begleitumstände der Notverordnung haben

wir sozialistischen Aerzte in Wort und Schrift von Anfang an hingewiesen. Uns scheint aber der Ruf nach Abbau der Arzthonorare von seiten der Krankenkassen gerade im Interesse einer sachgemäßen ärztlichen Versorgung der Versicherten aufs stärkste zu beanstanden. Denn die billigste Behandlung ist im allgemeinen nicht die beste. Auch glauben wir, daß die jetzige Art eher eine Verbesserung als eine Verschlechterung verträgt. Falsche Sparsamkeit, zumal in Gesundheitsfragen, wirkt sich immer höchst ungünstig aus.

Wenn die finanzielle Lage der Krankenkassen so schlecht ist, daß man am notwendigsten sparen muß, dann verstehen wir nicht das Luxusbedürfnis mancher Krankenkassen. Muß dann die Berliner Ortskrankenkasse gerade jetzt, wo sie Notschreie ausstößt, für 5 Millionen Reichsmark ein neues Verwaltungsgebäude mit allen Errungenschaften der modernen Technik errichten? Muß dann die AOK Frankfurt a. M. 6,5 Millionen RM für den gleichen Zweck ausgeben? Muß man der Reaktion, die nur nach Angriffspunkten gegen die verhaßten Krankenkassen sucht, so billigen Agitationsstoff liefern? Mit uns wird auch die große Masse der Krankenkassenmitglieder, denen man bei sinkenden Leistungen immer neue Opfer zumutet, in diesen Augenblick kein Verständnis für den Bau von Prunkgebäuden haben!

Verteilung der kassenärztlichen Honorare in Deutschland 1930.

(Nach einer Darstellung des Kassenhauptverbandes)

Bis	RM	2 000.—	jährlich	erhielten	11 605	Aerzte	= 42,2 %
von RM 2 000	bis	RM 6 000	„	„	8 118	„	= 28 %
„ „ 6 000	„	„ 12 000	„	„	5 973	„	= 20 %
„ „ 12 000	„	„ 25 000	„	„	2 777	„	= 9 %
„ „ 25 000	„	„ 35 000	„	„	190	„	= 0,8 %
„ „ 35 000	„	„ 55 000	„	„	50	„	
„ „ 55 000	„	„ 75 000	„	„	9	„	
„ „ 76 000	„	„ 100 000	„	„	4	„	

„Anwälte der Armen"!

Was hervorragende Fachärzte sich noch heute an sozialreaktionärem Muckertum leisten, kam auf der XXII. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie in Frankfurt zum Ausdruck. Die Gesellschaft tat sich nach ihren eigenen Berichten noch etwas darauf zugute, auf ihrer diesjährigen Tagung „Grenzprobleme", nämlich Fragen der Sozialgynäkologie, zu behandeln. Den nötigen Auftakt gab bereits der Frankfurter Oberbürgermeister Landmann, der, wie die „Germania" begeistert mitteilt, „der ernsten Sorge des Bevölkerungspolitikers über die Abnahme (!) und die dadurch bedingte Bevölkerungsverschiebung zugunsten unproduktiver Elemente" Ausdruck gab.

Zu dem Thema „Schonende Geburt" wurde ausgeführt, daß neben den berechtigten Wünschen der Frauen nach Linde-

rung der Schmerzen bei der Geburt es auf der anderen Seite aus ethischen Gründen zu respektieren und zu fördern sei, wenn eine Frau auf jede Betäubung verzichtet, „um das Ereignis der Mutterschaft bei vollem Bewußtsein zu erleben". In Schmerzen sollst du Kinder gebären — das scheint die Richtschnur dieser Kollegen zu sein!

Nach einer heftigen Diskussion über die Frage der Vorbeugung, in der von einem italienischen Arzt die Bevölkerungspolitik Mussolinis warm verteidigt wurde, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie anerkennt die Einrichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen. Sie verlangt jedoch, daß diese Stellen nur von solchen Aerzten, die sich ihrer Verantwortung für die Zukunft des deutschen Volkes bewußt sind, nach ärztlichen Grundsätzen geleitet werden. Die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie legt ganz besonders Verwahrung dagegen ein, daß solche Beratungsstellen zu Einrichtungen herabgewürdigt werden, die nur der Verbreitung antikonzeptioneller Mittel dienen sollen."

Mit anderen Worten: die Herren Gynäkologen wollen aus den Beratungsstellen alle diejenigen Kollegen beseitigen, die den fortschrittlichen Geist dieser Einrichtungen anerkennen und nach ihm zu handeln gewillt sind.

Eine Kulturfrage.

Auf der Generalversammlung des österreichischen Arbeiter-Abstinenten-Bundes hat Genosse Otto Bauer in seiner Begrüßungsansprache auf die großen Kulturprobleme hingewiesen, die die sozialistische Arbeiterschaft trotz Krise, Arbeitslosigkeit und Lohndruck lösen müsse. Zu ihnen rechnet Bauer auch die Alkoholfrage. „Wenn wir heute", so führte er aus, „in den Tageszeitungen lesen, daß der Alkoholkonsum bedeutend zurückgegangen ist, daß der Bierverbrauch um 25 Proz. gesunken ist, können wir uns dessen nicht freuen. Wir wünschen nicht, daß dem Arbeiter der Alkohol durch Not und Elend abgewöhnt wird, — wir wollen, daß er sich befreit durch Erkenntnis, durch den Willen zu einer höheren Kultur. Was wir brauchen, ist, daß ein möglichst großer Teil der Arbeiterschaft mit dem Gedanken, Sozialist zu sein, mehr Verantwortungsgefühl verbinde und dieses Verantwortungsgefühl auch in der Familie, in der Erziehung der Kinder zum Ausdruck bringe, — daß möglichst viele Arbeiter in jedem Glas Bier, jedem Glas Wein die Quelle der Zerstörung vieler Begabungen, vieler Fähigkeiten und vieler Gehirne erblicken und erkennen, daß der Alkohol die kämpfende Arbeiterschaft ihrer Schwungkraft beraubt und sie verspießert."

Aus der sozialistischen Ärztebewegung

Zur Beachtung!

Die Vorarbeiten zur Aerzte- und Zahnärztekammerwahl für Berlin sind in Angriff genommen. Die endgültigen Listen werden in der nächsten Mitgliederversammlung im August beschlossen werden.

Unsere Mitglieder werden gebeten, schon während der Ferien für unsere Listen zu den Kammerwahlen in der Kollegenschaft rege Propaganda zu machen.

Der Vorstand.

Von der Tschechischen Sektion

Die Prager Ortsgruppe nahm am 3. Juni einen Bericht über die Internationale Tagung in Karlsbad entgegen. Am 24. Juni wurde die Fabrik der Großeinkaufsgesellschaft, in der Medikamente erzeugt werden sollen, besichtigt. Am 13. Juni hat sich die Ortsgruppe in Brünn konstituiert. Die Gruppe in Bratislava hatte zum 14. Juni eine Versammlung einberufen.

Beitragszahlungen.

Der VSAe. ist auf die pünktliche Zahlung der Beiträge angewiesen, wenn er seine Aufgaben erfüllen soll. Berliner Genossen und Einzelmitglieder zahlen 13 RM, jährlich einschließlich Abonnement für den SOZ. ARZT direkt an den Kassierer Dr. F. Rosenthal, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 175 (Postscheck-Konto 189). Die Kassierer der Ortsgruppen werden ebenfalls um schnelle Abrechnung gebeten.

Zuständig für alle Zahlungen für den „Soz. Arzt“ (Abonnements, Pressefonds usw.) ist: Minna Flake, Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Straße 19 (Postscheck-Konto Nr. 74 915).

Neue Mitglieder des VSÄ.

Mai-Juni wurden aufgenommen: In Berlin: 11 Kollegen; in Sachsen: 5; in Rheinland-Westfalen: 4; Südwestdeutsche Gruppe: 3; Ausland: 3.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN

Allgemeine Medizin

Fahrenkamp, Karl: Der Herzkranke. 296 Seiten. Mit 58 Abbildungen und 2 farbigen Tafeln. Hippokrates-Verlag G. m. b. H. Stuttgart, Berlin. Broschiert 12,50 RM. In Leinen gebunden 15 RM.

Das Buch beschäftigt sich mit der Persönlichkeit des Herzkranken, es holt nach, was in der Ausbildung des werdenden Arztes noch immer vernachlässigt wird. Nicht die Krankheit ist der Gegenstand ärztlicher Bemühungen, sondern der kranke Mensch. Wie die Psyche des organisch Erkrankten sich verändert, wie der chronisch Kranke, wie der Dekompensierte sich verhalten soll, wird an vielen lehrreichen Beispielen auseinandergesetzt. Die seelische Behandlung, die so viel schwerer zu erlernen ist, als die sommatische, wird in den Mittelpunkt gestellt. Ein nützliches Buch, dessen Erscheinen viele bereichern wird! M.

W. Stader: Arzneispezialität. Verlagsgesellschaft R. Müller, Eberswalde.

Dieses Buch, das den Untertitel: Kritisches zum Kampf um die Spezialitäten-Gesetzgebung trägt, ist vom Syndikus des Reichsverbandes der pharmazeutischen und diätetischen Mittel- und Kleinindustrie E. V. geschrieben. Es trägt also den Stempel eines Verteidigers des freien Handels. Er vertritt darin alle die Grundsätze, die wir klassenbewußten Arbeiter ablehnen. Wir wollen die staatliche Kontrolle und die Ausschaltung der Privatindustrie. Bis jetzt muß sich der Proletarier mit den billigen Arzneien begnügen, weil er sich die teuren neuesten Arzneispezialitäten nicht leisten kann.

Das Buch ist mit großem Fleiß geschrieben. Es enthält alles von der Entwicklung der Arzneispezialität bis zu den Vorschlägen der gesetzlichen Regelung, was darüber zu sagen ist — aber im Sinne des Verfassers. T. H.

Madaus Codex biologischer Heilmittel von Apotheker Alfred Reder. 12,60 RM. Verlag Dr. Madaus & Co., Radebeul-Dresden.

Soziale Medizin. Verlag für Sozialmedizin, Berlin-Charlottenburg.

Aus dem Juni-Heft 1931: Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt und Soziallasten der Zukunft von F. Burgdörfer; Die Rationalisation bei der Gesundheitsfürsorge von L. Heyermans; Notverordnungen und Arzthonorar.

Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege

Markante Bilder der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930/31 von Dr. med. Hugo Freund. Verkaufspreis 2,50 RM. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt, Dresden.

Gen. Freund hat in diesem kleinen, gut ausgeführten Büchlein markante Darstellungen in der Art von Notizen, zum Teil in Bildern zusammengestellt. So gewinnt insbesondere der Besucher der Ausstellung einen guten Ueberblick über das, was in der Hygiene-Ausstellung geboten wird. Das Kritische dazu hat Gen. Gruschka-Aussig in einem kurzen Aufsatz im Soz. Arzt, VI. Jahrg., Nr. 3, gesagt. F.

Paul Levy. Die offene Fürsorge für geistig Anormale, unter Berücksichtigung der Familienpflege. Schriftenreihe des Gesamtverbandes. Neue Folge Nr. 6. Verlagsanstalt „Courier", Berlin. 0,45 RM.

Auf gründlicher, eigener Erfahrung fußend, die einschlägige Literatur sorgfältig verwertend, vom brennenden Wunsche getrieben, zu helfen, gibt der Verfasser in klarer und eindringlicher Sprache eine anschauliche Darstellung der historischen Entwicklung und des jetzigen Standes der Außenfürsorge für Geisteskranke und Psychopathen, und knüpft daran eine klug abwägende fruchtbare Kritik. Mit Recht betont er, daß es nicht darauf ankommt, welchem System man den Vorzug gibt, dem sogenannten Erlanger, bei dem die Außenfürsorge in der Hand der Anstaltsverwaltungen liegt, oder dem Gelsenkirchener, bei dem sie eingegliedert ist in die kommunale oder regionale Gesundheitsfürsorge, sondern darauf, welcher Geist in dem System herrscht. Gerade wir Aerzte können aus dieser verdienstvollen Arbeit eines Gewerkschaftlers lernen, wie förderlich eine Betrachtung dieser Probleme vom sozialen, fürsorgerischen und gewerkschaftlichen Gesichtspunkte aus ist. Die Schrift ist im besten Sinne eine wissenschaftliche Leistung. Haase.

Erhebung über das Arbeiten an Schreibmaschinen. (Sozialhygienische Schriften des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes. Freier Volksverlag Berlin 1931.)

Die vorliegende Schrift des Afa-Bundes ist hervorgegangen aus einer Umfrage, auf die 600 Stenotypistinnen geantwortet haben, und anschließenden ärztlichen Untersuchungen. Das von Dr. Meyer-Brodnitz bearbeitete Material gibt einen wichtigen Einblick in die Arbeits- und Gesundheitsverhältnisse der Stenotypistinnen und in seinem zweiten Teil wichtige sozialhygienische und sozialpolitische Anregungen und Forderungen. Aus dem Gesamtkomplex der Krankheitserscheinungen wird ein typisches Krankheitsbild der Stenotypistin, ihre eigentliche Berufskrankheit herausgearbeitet. Es handelt sich um die Häufung von Erscheinungen, die einzeln in vielen Berufszweigen zu finden sind, in dieser Zusammenstellung aber speziell bei der Stenotypistin vorkommen: die Verbindung von Zerrüttung des Nervensystems, Erkrankungen von Armen, Händen, Schultern und Erkrankungen der Unterleibsorgane infolge der dauernd sitzenden Beschäftigung. Diese typischen Berufskrankheiten, an der über die Hälfte der Befragten leiden, sind bisher nicht versicherungspflichtig. Die Schrift gibt wichtige Anregungen für eine arbeitswissenschaftliche und sozialhygienische Diskussion und sollte weiteste Verbreitung finden.

D. F.

Bericht über das Geschäftsjahr 1929/30. Arbeiter-Samariter-Bund Chemnitz.

Arbeiterfürsorge. Mitteilungsblatt des Reichsverbandes „Arbeiterfürsorge", Karlsbad.

Aus dem Mai-Heft: Dr. Ernst Slawik: Das appetitlose (nervöse) Kind; Schutzaktion für den arbeitslosen Nachwuchs; Ferienfürsorge für die werktätige Jugend; Trinkerfürsorge.

Sexualfrage

Dr. Käte Frankenthal: § 218 streichen — nicht nur ändern! E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30. Preis 0,25 RM.

Die sozialdemokratische Landtagsabgeordnete nimmt in der vorliegenden kleinen Schrift scharf Stellung gegen die von der Reichstagsfraktion vorbereiteten Abänderungsanträge zum § 218 und die unklare Haltung des Leipziger Parteitags, der die Entscheidung auch in dieser Frage der Fraktion überlassen hat. Die Verfasserin weist nach, daß die Abänderungsanträge in keiner Weise geeignet sein können, die bestehende Rechtsunsicherheit zu beseitigen und dem Gesetz seinen Charakter als Klassengesetz gegen die Proletarierfrauen zu nehmen. Die Rücksicht auf das Zentrum, durch die diese Anträge offenbar bestimmt sind, sei durchaus nicht am Platze, da diese Partei Abänderungsanträge genau so ablehnen werde, wie den Antrag auf Streichung. Eine Reform der Sexualgesetzgebung sei nur gegen das Zentrum zu erkämpfen. Aus diesen Erwägungen verlangt Dr. Frankenthal, daß die Sozialdemokratie an ihrem 1929 gestellten Antrag auf Streichung des § 218 festhalte, und widerlegt alle Einwände, die gegen diese Lösung auch von sozialdemokratischer Seite — besonders scharf greift sie Grotjahn an — erhoben werden. Die unzweideutige Argumentationsweise macht die kleine Schrift zu einer wichtigen Waffe im Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen. D. F.

Arnau, Frank: Gesetz das tötet. Merlin-Verlag G. m. b. H., Baden-Baden. Broschiert 3 RM., gebunden 4,50 RM.

Wir brauchen dringend zur Unterstützung unseres Kampfes gegen den § 218 den Roman, der denjenigen, der keine Abhandlung lesen will, den die Zahlen langweilen, einmal vor Augen führt, wie die Wirkungen des Gesetzes

sind. Der klassische große Roman, den wir brauchen, ist noch nicht erschienen. Balzac, Flaubert, sie fehlen uns. Aber jeder, dessen Tendenz mit der unseren übereinstimmt, der lebenswahr die Folgen des Abtreibungsparagraphen schildert, ist uns willkommen. Er erfüllt seinen Zweck im großen Werk der Aufklärung. „Gesetz, das tötet" ist ein solcher Aufklärungsroman, er wird und soll viel gelesen werden. Besonders Frauen, die noch im bürgerlichen Lager stehen und von einer lebensfernen Ideologie sich nicht freigemacht haben, sollen dieses Buch in die Hand nehmen. M.

Sigmund Freud: Theoretische Schriften. Internationaler Psychoanalytischer Verlag, Wien, Leinen 9 RM.

Inhalt: Formulierungen über die zwei Prinzipien des psychischen Geschehens. — Einige Bemerkungen über den Begriff des Unbewußten in der Psychoanalyse. — Zur Einführung des Narzissmus. — Triebe und Triebschicksale. — Die Verdrängung. — Das Unbewußte. — Metapsychologische Ergänzung zur Traumlehre. — Trauer und Melancholie. — Jenseits des Lustprinzips. — Massenpsychologie und Ich-Analyse. — Das Ich und das Es. — Notiz über den Wunderblock. — Die Verneinung.

Karl Schröder: Familie Markert. Eine Gesellschaftsstudie. (Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H. Berlin 1931.)

Ein zweibändiger Roman, der das Leben des heutigen Kleinbürgertums schildern will. Der Versuch ist nicht geglückt. Die eigentlichen Spannungen und Schwierigkeiten, die in den Grenzbezirken zwischen Proletariat und Bürgertum bestehen, sind in ihrer Problematik nicht erfaßt. Statt dessen grenzt die Darstellung einzelner Szenen aus dem Familien- und Liebesleben der jungen Menschen eng an Kitsch. Die Personen erscheinen schemen- und schablonenhaft; die eigentliche Aufgabe des Dichters, die Gestaltung von Menschen inmitten ihrer sozialen Umwelt ist nicht erfüllt. Etwas besser gelungen ist der zweite Teil, in dem die sozialen Voraussetzungen des Nationalsozialismus gezeigt werden. Aber auch hier macht Schröder sich die Schilderung etwas leicht. Von dem Verfasser des ausgezeichneten Jan Beek hätten wir mehr erwartet. J. E.

Verschiedenes

F. Boehm — O. Fenichel — W. Reich. Ueber den Oedipuskomplex. Internationaler Psychoanalytischer Verlag, Wien. Geheftet 2,50 RM.

H. P. O. Lissagaray: „Der Pariser Kommune-Aufstand", in Leinen gebunden 2,85 RM. Soziologische Verlagsanstalt Berlin W 50.

Pariser Kommune 1871. Berichte und Dokumente von Zeitgenossen. Ganzleinen 10 RM. Neuer Deutscher Verlag Berlin W 8.

(Besprechung der beiden Kommune-Schriften folgt in der nächsten Nummer.)

Marcuse - Woerner - Erlewein. Die fleischlose Küche. Ein praktisches Kochbuch. 5. umgearbeitete Auflage (29.—30. Tausend). Mit einem Anhang: Die Verwendung der Rohkost in der fleischlosen Küche. 338 Seiten. Verlag von Ernst Reinhardt in München. Preis in Leinen 5,50 RM.

Einzelpreis 0,50 RM, Abonnement jährlich 4,50 RM (einschließlich Porti) vom Verlag (Dr. M. Flake), Berlin-Wilmersdorf, Waghäuseler Str. 19 (Postscheckkonto: Berlin Nr. 74915). Mitglieder erhalten die Zeitschrift unentgeltlich. Für die Schriftleitung bestimmte Zuschriften sowie Rezensionsexemplare sind zu richten an Dr. Ewald Fabian, Berlin W 15, Uhlandstr. 52

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ewald Fabian. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO 36, Elisabethufer 29; Tel.: F 1 Moritzplatz 5471. Für Inserate: M. Wittenberg, W 15, Lietzenburger Straße 4; Tel.: J 1 Bismarck 5173. Postscheck-Konten: Berlin 40 054; Prag 501 347.